Forderungen der Jugendverbände und -organisationen aus der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen

Koordinierungsstelle
#Jugendbeteiligung
in Klimafragen

Zur Website https://jugendbeteiligung-klima.dbjr.de/

Gefördert durch:
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Inhalt

Einleitung 3

Klimagerechtigkeit sichern: Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz vereint denken 4

Demokratie stärken: Jugendbeteiligung verbindlich verankern 6

Klimakommunikation gestalten: Chancen & Lösungen in den Mittelpunkt rücken 8

Forderungen und Maßnahmen: Wege zu einer sozial- & generationengerechten Klimapolitik 9

Anhang: Kriterienkatalog 11

Das Pariser Klimaabkommen ist der verpflichtende Ausgangspunkt für politisches Handeln – doch nur eine sozial gerechte Umsetzung der Klimaziele garantiert dauerhafte Wirksamkeit und Legitimität.

Als Jugendverbände und -organisationen erheben wir gemeinsam unsere Stimme für innergesellschaftliche und intergenerationelle Klimagerechtigkeit.[1] Unsere Perspektive als junge, engagierte Zivilgesellschaft ist – gerade wegen unserer besonderen Betroffenheit durch die Klimakrise – unverzichtbar in politischen Entscheidungsprozessen. Mit diesem Papier betonen wir unseren Anspruch, diese Perspektive aktiv einzubringen.

Die Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen ist seit September 2023 das Jugendbeteiligungsformat am Bundesklimaschutzministerium. Träger ist der Deutsche Bundesjugendring (DBJR). Die Koordinierungsstelle vernetzt bundesweit aktive, selbstorganisierte Jugendverbände und -organisationen und stärkt ihre Rolle in den klimapolitischen Prozessen des Ministeriums, sodass junge Menschen in politische Entscheidungsprozesse nicht nur eingebunden, sondern als gleichwertige Akteur*innen ernst genommen werden. Demokratisch legitimierte Jugendvertreter*innen bringen die Positionen ihrer Verbände ein.

Wir verstehen uns als organisierte Interessenvertretung einer engagierten, vielfältigen jungen Zivilgesellschaft aus den Städten und ländlichen Räumen, aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen und weltanschaulichen Kontexten. Wir sind ebenso Jugendverbände aus Umwelt- und Sozialbewegungen, aus Gewerkschaften und Arbeiter*innen-Bewegungen und Religionsgemeinschaften, aus (post)migrantischen Selbstorganisationen, aus helfenden wie aus politisch geprägten Strukturen. Gemeinsam machen wir die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Themen junger Menschen sichtbar und vertreten sie mit einer starken gemeinsamen Stimme. Dabei verbinden wir praktische Expertise aus der Jugend(verbands)arbeit mit sozialem und demokratischem Engagement.

Besonderen Fokus legen wir auf die Repräsentation von jungen Menschen, die wegen ihres Alters oder anderer struktureller Barrieren bislang kaum an politischen Prozessen teilhaben können. Demokratie leben wir aktiv: In unseren Strukturen übernehmen junge Menschen Verantwortung und erleben Mitbestimmung, wodurch sie ihre Stimme als wirksam erfahren und Gesellschaft mitgestalten.

Unsere Arbeit basiert auf Austausch, gemeinsamen Positionen und solidarischem Zusammenwirken über Organisationsgrenzen hinweg. So stärken wir das Vertrauen in demokratische Prozesse und leisten einen Beitrag zu einer gerechten, zukunftsfähigen Gesellschaft.

Was wir heute in unseren ehrenamtlichen Strukturen lernen und einbringen, stärkt nicht nur unsere zukünftige Rolle, sondern zeigt: Wir sind aktive Bürger*innen und gestalten die Gesellschaft bereits jetzt mit. Dabei reflektieren wir auch unsere eigenen Strukturen kritisch, um Vielfalt und gerechte Repräsentation weiterzuentwickeln.

Mit diesem Papier machen wir deutlich: **Die junge Generation will mitgestalten. Unsere Forderungen basieren auf gelebter Beteiligung, praktischer Erfahrung und dem entschiedenen Willen, politische Prozesse für eine klima- und generationengerechte Zukunft aktiv mitzuprägen.**

Im Folgenden erläutern wir unsere drei Kernanliegen: Klimagerechtigkeit, die Beteiligung junger Zivilgesellschaft an (klima-)politischen Prozessen sowie eine lösungsorientierte Klimakommunikation. Abschließend formulieren wir zentrale Maßnahmen und Forderungen zu drei Handlungsfeldern:

1. Zukunft durch Investitionen sichern
2. Öffentliche Mittel sinnvoll verwenden – für Teilhabe & Transformation
3. Klimapolitik sozial und generationengerecht ausgestalten.

Im Anhang findet sich ein von uns entwickelter Kriterienkatalog, mit dem politische Maßnahmen – insbesondere in der Klimasozialpolitik – analysiert und ihre Ziele aus der Perspektive der Langfristigkeit, der betroffenen Personen und ihrer Umsetzung geprüft werden können.

1 Hierbei nehmen wir Bezug auf die Definitionen des Deutschen Ethikrat, der die Begriffe der innergesellschaftlichen und intergenerationellen Klimagerechtigkeit ausführlich in seiner Stellungnahme erläutert: https://www.ethikrat.org/publikationen/stellungnahmen/klimagerechtigkeit/

Klimagerechtigkeit sichern: Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz vereint denken

Die jungen Vertreter*innen der beteiligten Jugendverbände und -organisationen setzen sich entschlossen dafür ein, Klimapolitik stärker an den Prinzipien der Klimagerechtigkeit auszurichten. Im Mittelpunkt stehen dabei drei Perspektiven: **Deutschlands globale Verantwortung sowie die innergesellschaftliche und intergenerationelle Gerechtigkeit.**

Wir orientieren uns an der Definition der Naturschutzjugend (NAJU): „**Klimagerechtigkeit** bedeutet, jedem Menschen auf der Erde unabhängig von nationaler Zugehörigkeit, Alter, Geschlecht und Religion gleiche Nutzungsrechte an der Atmosphäre und unserer Erde zuzugestehen."[2] Damit wird deutlich, dass Klimagerechtigkeit eine faire Verteilung und Nutzung natürlicher Ressourcen innerhalb planetarer Grenzen unter Einhaltung der Menschenrechte verlangt. Zugleich erfordert Klimagerechtigkeit den Schutz von Ökosystemen und Lebewesen, deren Vielfalt und Wohlergehen untrennbar mit den Lebensgrundlagen der Menschheit verbunden sind.

Das Thema der internationalen Klimagerechtigkeit wurde bereits im Jugendbeteiligungsformat „AG Jugend und Klimaaußenpolitik" behandelt, das im Herbst 2024 ein ausführliches Positionspapier[3] erarbeitet hat. Die beteiligten Jugendverbände und -organisationen der Koordinierungsstelle begrüßen dieses Papier grundsätzlich, legen ihren Schwerpunkt jedoch auf die nationale Klimapolitik, insbesondere auf die innergesellschaftliche und intergenerationelle Gerechtigkeitsperspektive.

Ein zentrales Problem ist die ungleiche Verteilung der gesundheitlichen und materiellen Folgen der Klimakrise. Vulnerable Gruppen[4] – etwa benachteiligte und ärmere Bevölkerungsgruppen – sind stärker von Hitze, Luftverschmutzung und Extremwetterereignissen betroffen. Diese Ungleichheiten spiegeln sich auch in der intergenerationellen Perspektive wider: Junge Menschen tragen nicht nur die langfristige Last der Klimakrise, sondern sind auch bereits heute besonders betroffen. Ihre politische Einflussnahme ist zudem durch die Altersgrenze beim Wahlrecht eingeschränkt, was ihre Vulnerabilität weiter erhöht. Deshalb fordern wir einen besonderen Fokus auf intergenerationelle Klimagerechtigkeit und Solidarität. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus 2021 stärkt die Freiheitsrechte junger Menschen und zeigt, dass Klimaschutz zum Schutze vor zukünftigen Einschränkungen der Freiheitsrechte junger Menschen Verfassungsrang hat.

Aktuell weist die **Ausgestaltung von Klimapolitik** erhebliche soziale Ungerechtigkeiten auf. Diese führen zu Einschränkungen individueller Freiheiten, erschweren ein würdiges Leben und provozieren Akzeptanzprobleme, die rechtspopulistischen und rechtsextremen Narrativen Vorschub leisten. Zudem sind Möglichkeiten zur Treibhausgasreduktion und Anpassung an ein sich veränderndes Klima häufig abhängig von finanziellen Ressourcen. Die Politik muss daher neue Antworten entwickeln und gezielt benachteiligte Gruppen stärken (siehe Forderungen am Ende des Papiers).

2 NAJU (Naturschutzjugend im NABU) (2019). Klimaschutz und Du. https://sff69efef9b6153c2.jimcontent.com/download/version/1582544797/module/14273717533/name/Toolbox_2019-final.pdf

3 Arbeitsgruppe Jugend und Klimaaußenpolitik (2024). Positionspapier der Arbeitsgruppe Jugend und Klimaaußenpolitik https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/2024/10/agjugendklima_broschuere_digital.pdf

4 Vulnerable Gruppen sind Bevölkerungsgruppen, die aufgrund individueller Lebensumstände, bestimmter Merkmale, psychosozialer Faktoren oder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, negative Auswirkungen durch gesellschaftliche, gesundheitliche, ökologische oder wirtschaftliche Veränderungen zu erfahren. Sie können Belastungen häufig schlechter bewältigen oder kompensieren und sind daher bei der Planung und Umsetzung unterstützender Maßnahmen besonders zu berücksichtigen – auch dann, wenn sie durch gängige statistische Indikatoren nicht ausreichend erfasst werden. Junge Menschen sind explizit als vulnerable Gruppe zu verstehen: Ihre besondere Lebensphase – etwa beim Übergang von Schule zu Beruf, beim Zugang zu Ausbildung oder Studium sowie beim Eintritt in den Wohnungsmarkt – ist von strukturellen Unsicherheiten geprägt. Psychosoziale Belastungen junger Menschen bleiben dabei häufig unsichtbar. Gerade im Kontext der Klimakrise und tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationsprozesse können fehlende Absicherung, geringe Entscheidungsmacht und begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten ihre Verletzlichkeit zusätzlich verstärken. Hervorzuheben ist hier insbesondere auch die intersektionale Vulnerabilität von jungen, von Rassismus betroffenen Menschen.

Klimagerechtigkeit sichern: Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz vereint denken

Ohne **soziale Gerechtigkeit** kann es keine klimagerechte Welt geben. Damit Klimapolitik gesellschaftlich akzeptiert und wirksam umgesetzt wird, müssen soziale Aspekte konsequent berücksichtigt werden. Der notwendige Umbau zentraler Lebensbereiche – etwa in den Sektoren Gebäude, Verkehr, Ernährung, Gesundheit und Soziales – betrifft private Haushalte unmittelbar. Damit rücken Fragen der Verteilungsgerechtigkeit[5] und eine sozial gerechte Ausgestaltung des Wandels verstärkt in den Fokus.

Vor diesem Hintergrund setzen sich die Jugendverbände und -organisationen auch für die **Entwicklung neuer Narrative** ein. Anstelle eindimensionaler Erzählungen von Verlust und Verzicht brauchen wir positive Narrative, die gesellschaftlichen Gewinn betonen – wie mehr Lebensqualität, Gerechtigkeit und Freiheiten für alle. Diese Chancen einer nachhaltigen, sozial gerechten Transformation in den Mittelpunkt zu stellen, stärkt die gesellschaftliche Akzeptanz.

Im Rahmen der Transformation gilt es, **soziale Belange und Klimaschutz eng zu verknüpfen und systematisch politische Maßnahmen zu fördern, die beides verbinden.** Eine erfolgreiche Klimasozialpolitik kann beispielsweise Energie- oder Mobilitätsarmut reduzieren und die Gesundheit besonders einkommensschwacher und vulnerabler Gruppen verbessern.

Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz Hand in Hand gehen. Vorstellungen und Utopien sind dabei wichtige Werkzeuge, um Menschen zu erreichen und politisches Handeln zu inspirieren. Wenn wir uns ein gutes und schönes Leben in einem nachhaltigen, gerechten System vorstellen können, wird es leichter, dieses auch zu realisieren.

Die Jugendverbände sehen sich als wichtige Partner, um Ideen weiterzutragen, den gesellschaftlichen Dialog über die Klimakrise anzustoßen und politisch aktiv zu werden. Sie verstehen sich als Antrieb für gesellschaftlichen Wandel und möchten ihre Perspektiven in den politischen Diskurs einbringen. Damit dieser Wandel gelingt, muss die Politik diese Ansprüche ernst nehmen, Räume für echte Mitgestaltung schaffen, junge Stimmen systematisch einbinden und Visionen in konkrete Entscheidungen übersetzen.

Zu diesem Zweck haben wir einen Kriterienkatalog entwickelt, der es ermöglicht, politische Maßnahmen – insbesondere in der Klimasozialpolitik – aus Sicht der jungen Zivilgesellschaft zu analysieren und die Maßnahmenziele aus der Perspektive der Langfristigkeit, der betroffenen Personen und ihrer Umsetzung zu prüfen (siehe Anhang). **Wir fordern, diesen Katalog künftig systematisch bei der Entwicklung, Bewertung und Umsetzung politischer Maßnahmen zu verwenden.**

5 Verteilungsgerechtigkeit bedeutet für uns junge Menschen, dass Ressourcen, Chancen und Lasten fair unter allen verteilt werden – damit niemand benachteiligt wird und jede*r eine Perspektive auf ein gutes Leben hat. Dazu zählen Bildung, Teilhabe, finanzielle Sicherheit, Wohnraum, Gesundheit und eine intakte Umwelt. Wichtig ist uns, dass die unterschiedlichen Lebensphasen und Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt werden und auch kommende Generationen faire Chancen und eine lebenswerte Umwelt vorfinden.

Demokratie stärken: Jugendbeteiligung verbindlich verankern

Die Einbindung der Zivilgesellschaft – insbesondere junger Menschen – muss deutlich gestärkt werden. Angesichts des demografischen Wandels und des Ausschlusses vieler junger Menschen vom Wahlrecht sind ihre Perspektiven in politischen Prozessen häufig unterrepräsentiert – obwohl sie von heutigen Entscheidungen langfristig am stärksten betroffen sind. Beteiligung darf deshalb kein freiwilliges Add-on sein, sondern ein notwendiger, fester Bestandteil verantwortungsvoller Politikgestaltung.

Beteiligung darf nicht auf symbolische Formate beschränkt bleiben. Es braucht dauerhafte, transparente und strukturell verankerte Möglichkeiten, sich wirksam einzubringen. Unsere Forderung nach mehr Beteiligung umfasst daher auch ein inklusives Wahlrecht mit einer flächendeckenden Absenkung des Wahlalters auf 14, mindestens 16 Jahre. Doch auch jenseits von Wahlen sind Beteiligungsmöglichkeiten nötig, die sich an den „Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung“[6] orientieren und auf dem Recht junger Menschen beruhen, in allen sie betreffenden Angelegenheiten gehört zu werden (Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention)[7]. Dieser Anspruch muss politisch ernst genommen und konsequent umgesetzt werden.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass politische Prozesse an Legitimität, Transparenz und Qualität gewinnen, wenn Bürger*innen systematisch eingebunden werden.[8][9][10] Das gilt insbesondere für Jugendbeteiligung.[11] Dabei wissen wir, dass sie nur dann effektiv gelingt, wenn sie offen, chancengerecht und barrierearm gestaltet ist. Wir setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen mit ihren unterschiedlichen Lebensrealitäten politische Prozesse mitgestalten können. Die Vielfalt der jungen Lebensrealitäten dabei abzudecken ist dafür die zentrale Voraussetzung.

Jugendbeteiligung darf keine Randerscheinung sein, sondern muss eine tragende Säule der demokratischen und nachhaltigen Entwicklung in Deutschland werden. Da Beteiligung junger Menschen ein Indikator für eine funktionierende Demokratie ist, sollte sie von allen Seiten wertgeschätzt und weiter ausgebaut werden.

Jugendbeteiligung sichtbarer machen - nach innen und nach außen

Noch zu oft wird Jugendbeteiligung in Bundesministerien als Mehraufwand wahrgenommen. Wir rufen dazu auf, Jugendbeteiligung als echte Chance im zu begreifen – insbesondere

- immer dort, wo junge Menschen als Expert*innen ihrer Lebensrealitäten einzigartige Einblicke geben können, die sonst unbeachtet blieben;
- immer dort, wo junge Menschen von Entscheidungsträger*innen nicht mitgedacht werden, weil die eigene Betroffenheit und die damit verbundene Vorstellungskraft für die Perspektive junger Menschen fehlt;
- immer dort, wo der jungen Generation kein Platz an runden Tischen, Austauschen mit Verbänden und Stakeholder-Dialogen mit Ministerien kein Platz eingeräumt wird, weil ihnen die starke einflussreiche Lobby fehlt.

Jugendbeteiligung ermöglicht politische Maßnahmen, die alle Generationen berücksichtigen und niemanden vergessen – ein Ziel, das alle Ministerien verfolgen müssen.

Wir fordern **mehr Transparenz und Sichtbarkeit von Jugendbeteiligung**, sowohl innerhalb der Ministerien als auch nach außen. Ministerien, die Jugendbeteiligungsformate anbieten, sollten die Relevanz solcher Formate aktiv betonen und sie als legitimierte Struk-

6 Die Qualiätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung wurden gemeinsam vom Bundesjugendring und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter Einbindung zahlreicher Expert*innen entwickelt und beschreiben, wie wirksame Beteiligung junger Menschen in verschiedenen Handlungsfeldern gelingen kann – als praxisnahes Standardwerk und Impulsgeber für Beteiligung auf allen föderalen Ebenen https://standards.jugendbeteiligung.de/wordpress/wp-content/uploads/Brosch-QS-DBJR-web-auflage2.pdf

7 Vereinte Nationen. (1989). Convention on the Rights of the Child. Office of the High Commissioner for Human Rights. https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/convention-rights-child

8 Busse, S., & Schneider, S. H. (2015). Die Evaluation von Bürgerbeteiligung als Politikberatung. Zeitschrift für Politikberatung (ZPB), 1–2(2015), 1–76. https://doi.org/10.5771/1865-4789-2015-1-2-3

9 Nanz, P., & Fritsche, M. (2012). Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bundeszentrale für politische Bildung.

10 Vetter, A. (2014). Wirkungen von Bürgerbeteiligung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Wegweiser Bürgergesellschaft, (21). https://www.buergergesellschaft.de

11 Bertelsmann Stiftung. (2024). Junge Menschen und politische Teilhabe: Engagementbereitschaft, Erfahrungen und Erwartungen. Bertelsmann Stiftung. https://doi.org/10.11586/2024171 Stiftung, 2024

turen fest verankern und sichtbar machen. Nur so können sie Kritik standhalten und das Vertrauen der Zivilgesellschaft und junger Engagierter in politische Teilhabe stärken. Es muss klar sein: Junge Stimmen sind erwünscht, werden ernst genommen und sind auf allen Ebenen unverzichtbar.

Jugendbeteiligung institutionalisieren

Engagierte junge Menschen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Beteiligung darf nicht von kurzen Projektlaufzeiten oder Regierungswechseln abhängig sein. Wissen und Erfahrungen aus Beteiligungsformaten müssen gesichert, geteilt und weitergegeben werden, damit alle davon profitieren können. Auch ein Neuaufsetzen von Beteiligungsformaten trifft aktuell auf große Hürden. Diese Hürden dürfen unserer Meinung nach nicht bestehen. Junge Menschen müssen im gesamten Prozess – von der Themenfindung/Prioritätensetzung bis hin zur Kommunikation des verabschiedeten Gesetzes/ der Maßnahme - einbezogen werden und nicht nur punktuell z.B. auf Veranstaltungen eingeladen werden. Außerdem ist Zugang zu Dokumenten, Informationen und Prozessvorgängen essentiell, um sich wirksam einzubringen.

Wir fordern deshalb die feste institutionelle Verankerung von Jugendbeteiligungsformaten in allen Bundesministerien. Ein solcher Rahmen ermöglicht es jungen Menschen, sich auf ihre ehrenamtliche Arbeit zu konzentrieren, ohne ihre Mitwirkung erkämpfen oder rechtfertigen zu müssen. Jugendbeteiligung wird so zu einem dauerhaften und verlässlichen Bestandteil politischer Entscheidungsprozesse auf Bundesebene, der nicht ohne Weiteres abgeschafft werden kann.

Klimaschutz als Querschnittsthema – Zugänge und Austausch mit allen Ministerien

Die Klimaziele des Pariser Abkommens[12], zu denen sich auch Deutschland verpflichtet hat, können nur erreicht werden, wenn alle Bundesministerien zusammenarbeiten und Klimaschutz in allen politischen Maßnahmen Beachtung findet. Gerade weil Klimaschutz ein Querschnittsthema darstellt, welches nur inter- und transdisziplinär gedacht und behandelt werden kann, denken und arbeiten auch wir als Jugendbeteiligungsformat über die Grenzen von Disziplinen und Ministerien hinaus.

Deshalb fordern wir **hürdenfreie Zugänge zu allen Ministerien**, um die breitgefächerte Expertise der Jugendverbände und -organisationen nutzen und einen fachlichen Austausch Ministeriums-übergreifend ermöglichen zu können. Transparente, kontinuierliche und institutionalisierte Kommunikationswege zwischen engagierten jungen Menschen und allen Ministerien und damit neue Formen der Zusammenarbeit, Partizipation und Mitgestaltung sind hierbei entscheidend.

Diversität und Inklusion ausbauen

Bestehende Beteiligungsformate, wie beispielsweise das der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen, zeichnen sich durch eine Perspektivvielfalt aus - sei es durch konfessionelle, gewerkschaftliche, helfende, gesellschaftliche oder ökologische Jugendorganisationen und Interessenvertretungen. Dennoch spiegeln sich strukturelle Ungleichheiten in den Beteiligungsprozessen wider: Die Mehrheit der engagierten Jugendlichen kommt aus weißen Akademiker*innenhaushalten.

Wir appellieren an Politik und Verwaltung, gemeinsam mit uns die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Jugendbeteiligung inklusiver und repräsentativer wird. Dazu braucht es ein Gesamtkonzept mit inklusiver Infrastruktur, z.B. barrierefreie Zugänge und abrechenbare finanzielle Unterstützung für etwa Gebärdendolmetschung. Jugendbeteiligung auf Bundesebene braucht Hintergrundstrukturen, wie die Koordinierungsstelle, die als Servicestelle die Beteiligten begleiten und niedrigschwellige Beteiligungszugänge schaffen.

Nur wenn jungen Menschen aller Hintergründe, gesellschaftlicher Schichten und mit oder ohne Behinderung Beteiligung ermöglicht wird, erreichen wir echte Chancengleichheit bei demokratischer Partizipation. **Wir fordern den Aufbau von Strukturen, die eine kritische Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen, Normalitätsvorstellungen, Privilegien und Marginalisierungen/Diskriminierungen erlauben** - mit dem Ziel, bestehende Lücken zu erkennen und Beteiligungsformate gezielt weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit den zuständigen Ministerien möchten wir Vielfalt stärken und Chancengleichheit sowie Barrierefreiheit zur Grundlage von Beteiligung machen.

12 United Nations (2015). Paris Agreement. unfccc.int. United Nations. URL: https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf

Klimakommunikation gestalten: Chancen & Lösungen in den Mittelpunkt rücken

Im Pariser Abkommen von 2015 verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten, „Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung, der Ausbildung, des öffentlichen Bewusstseins, der Beteiligung der Öffentlichkeit und des öffentlichen Zugangs zu Informationen auf dem Gebiet der Klimaänderungen zu ergreifen“[13]. Der UN-Klimagipfel 2021 in Glasgow präzisierte diesen Auftrag: Die Vertragsstaaten sollen auf Basis sozialwissenschaftlicher Forschung Klimakommunikationsstrategien entwickeln, die Verhaltensänderungen fördern und Menschen zu einem umweltbewussteren Handeln ermutigen. Dieses Ziel ist eng mit dem UN-Nachhaltigkeitsziel (SDG) 4.7.[14]

Gleichzeitig zeigt sich, dass allein die Vermittlung von Fakten nicht ausreicht. Das Informations-Defizit-Modell, das fehlendes Wissen als Hauptbarriere für Klimaschutz betrachtet, wurde vielfach widerlegt.[15] Es genügt nicht, weiterhin auf eine rein faktenbasierte Kommunikation zu setzen, wenn menschliches Verhalten maßgeblich von sozialen und psychologischen Faktoren beeinflusst wird.[16] Deshalb braucht es **Erzählformen, die gezielt positive Narrative setzen und Emotionen, Werte sowie soziale Normen einbeziehen.** Klimakommunikation sollte Menschen dort abholen, wo sie stehen, ihre Zukunftsängste ernst nehmen und Orientierung bieten. Indem Lösungsansätze, politische Maßnahmen mit ihren Vorteilen sowie konkrete Handlungsoptionen für Bürger*innen aufgezeigt werden, können Betroffene zu aktiv Beteiligten werden.

Kommunikation ist von Anfang an als integraler Bestandteil und Teil der Lösung von wirksamer Klimapolitik zu verstehen – nicht als nachträgliches Add-on.

Angelehnt an die Grazer Charta für Klimakommunikation[17] fordern wir eine Kommunikation,

- die Menschen in ihren Denkweisen, Lebenswelten und Bedürfnissen ernst nimmt und daran anknüpft,
- die, für verschiedene soziale Gruppen und gesellschaftliche Milieus verständlich und nachvollziehbar ist,
- die die Vorteile von Klimaschutzmaßnahmen in den Vordergrund stellt und die Perspektive von Verzicht und Verboten zu Dazugewinnen und Chancen wechselt,
- die zur Mitgestaltung und Teilhabe an der Transformation einlädt und Selbstwirksamkeit fördert,
- die sich interdisziplinär an den Erkenntnissen der Sozial-, Geistes-, Kulturwissenschaften orientiert und sich dabei deutlich von fake news distanziert.

13 United Nations (2015). Paris Agreement. unfccc.int. United Nations. URL: https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf

14 Das Nachhaltigkeitsziel (SDG) 4 bezieht sich auf hochwertige Bildung. Im Unterziel 4.7 wird die Notwendigkeit von Bildung für nachhaltige Entwicklung festgehalten, mit dem Ziel, individuelles und gesellschaftliches Handeln an Prinzipien der Nachhaltigkeit und globalen Verantwortung auszurichten.

15 Ecker et al., 2022; Klimafakten, 2024; Umweltbundesamt, 2024, S. 12; Schultz, 2002

16 Umweltpsychologische Verhaltensmodelle wie das CADM (Comprehensive Action Determination Model) und das Campbell-Paradigma verdeutlichen, dass umweltfreundliches Verhalten nicht eindimensional erklärbar ist, sondern von einem Zusammenspiel mehrerer Faktoren abhängt. Während das CADM insbesondere Gewohnheiten, soziale Normen, persönliche Motivation, Selbstwirksamkeit und kontextuelle Bedingungen in den Fokus rückt, betont das Campbell-Paradigma die Bedeutung übergeordneter Einstellungen wie Umweltmotivation. Demnach zeigt sich umweltbewusstes Verhalten vor allem dann, wenn Individuen bereit sind, auch höhere persönliche Kosten – etwa in Form von Aufwand oder Komfortverzicht – zu tragen. Wird der wahrgenommene Aufwand jedoch als zu hoch im Vergleich zum erwarteten Nutzen eingeschätzt, bleibt umweltgerechtes Handeln in der Regel aus.

17 Die Grazer Charta der Klimakommunikation formuliert 21 Leitlinien für eine aktivierende und lösungsorientierte Kommunikation, die Menschen zum Handeln motivieren und gesellschaftlichen wie persönlichen Wandel anstoßen soll. https://www.klimafakten.de/sites/default/files/2024-09/20240821_ChartaKlimakomm_FinaleFassung.pdf

Forderungen und Maßnahmen: Wege zu einer sozial- & generationengerechten Klimapolitik

1. Zukunft durch Investitionen sichern

- **Dekarbonisierung jetzt aktiv vorantreiben:** Umfassende öffentliche Investitionen in klimafreundliche Infrastrukturen sind unverzichtbar – insbesondere im Energie-, Verkehrs- und Gebäudesektor. Der aktuelle Investitionsstau gefährdet die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und muss dringend beendet werden.
- **Langfristige Planungssicherheit schaffen:** Junge Menschen brauchen verlässliche Perspektiven. Ein gesetzlich verbindlicher Investitionsrahmen, der über Legislaturperioden hinaus gilt, stärkt das Vertrauen von privaten wie öffentlichen Akteur*innen. Förderzusagen über Wahlperioden hinaus ermöglichen nachhaltiges Engagement und geben unserer Generation die Stabilität, in einer sich wandelnden Welt zu wirken.
- **Steuerpolitische Reformen für gerechte Finanzierung:** Die Last der Klimakrise darf nicht einseitig auf jüngere Generationen abgewälzt werden. Wir fordern sozial ausgewogene steuerpolitische Reformen – insbesondere eine gerechte Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung – damit alle Generationen solidarisch zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen und Zukunftschancen beitragen.

2. Öffentliche Mittel sinnvoll verwenden – für Teilhabe & Transformation

- **Zusätzlichkeit sicherstellen:** Mittel aus dem Sondervermögen und dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) müssen nach geltendem Verfassungsrecht zusätzlich zu bestehenden Investitionen eingesetzt werden – nicht als Ersatz. Wir fordern die konsequente Einhaltung dieser Vorgabe.
- **Gemeinschaftliche Strukturen stärken:** Besonders junge Menschen in Ausbildung, im Studium oder Freiwilligendienst brauchen leicht zugängliche, klimafreundliche Infrastrukturen. Investitionen in den Ausbau des Radverkehrs und des ÖPNV inklusive eines bundesweiten Jugend-/Sozialtickets (29€), E-Mobilität mit entsprechender Ladeinfrastruktur, klimafreundliche Gebäude und Sanierungsprogramme sowie lokale Klimaschutzprojekte, die Jugendbeteiligung aktiv einbeziehen, sind hierfür essenziell.
- **Keine klimaschädlichen Rückschritte:** Wer heute in fossile Technologien investiert, riskiert morgen die Freiheit der nächsten Generation. Wir lehnen Investitionen und Subventionen für fossile Infrastruktur wie neue Gaskraftwerke, Autobahnausbau sowie Strompreis- oder Gas-Subventionen aus dem KTF/Sondervermögen strikt ab. Der Abbau fossiler Subventionen könnte dem Staat zusätzlich 30 bis 60 Milliarden Euro jährlich einbringen.
- **Jugendbeteiligung strukturell und wirksam verankern:** Junge Menschen müssen dauerhaft, strukturell und auf Augenhöhe in politische Prozesse eingebunden werden – nicht symbolisch, sondern mit echter Wirkung. Dazu gehören ein inklusives Wahlrecht und barrierearme Zugänge auch jenseits von Wahlen. Jugendbeteiligung braucht sichtbare Legitimation in Ministerien sowie ressortübergreifende Zugänge – besonders beim Querschnittsthema Klima.
- **Vielfalt, Inklusion und Chancengleichheit in Beteiligungsprozessen stärken:** Beteiligungsformate müssen die unterschiedlichen Lebensrealitäten junger Menschen abbilden. Dafür sind der Abbau struktureller Hürden, inklusive Infrastrukturen sowie eine bewusste Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Machtverhältnissen erforderlich.

Forderungen und Maßnahmen: Wege zu einer sozial- & generationengerechten Klimapolitik

3. Klimapolitik sozial und generationengerecht ausgestalten

- **Klimapolitische Förderung sozial gerecht nach Einkommen und Bedarf staffeln:** Förderprogramme müssen zielgenau und sozial gerecht ausgestaltet werden. Maßnahmen müssen insbesondere auch die Lebensrealitäten von jungen, sozial benachteiligten Menschen berücksichtigen.
- **Generationengerechte und solidarische Verteilung der Kosten:** Die Transformation zur Klimaneutralität muss fair über alle Altersgrenzen hinweg gestaltet werden. Künftige Generationen dürfen weder finanziell noch ökologisch übermäßig belastet werden. Ziel ist es, Überbelastungen einzelner Generationen zu vermeiden und solidarisch zu handeln. Der Jugend-Check sollte dabei nicht nur unmittelbare, sondern auch langfristige Folgen für junge Menschen erfassen.
- **Klimageld als sozialer Ausgleich für den CO2-Preis:** Das Klimageld muss als transparenter und unbürokratischer Ausgleich für steigende CO_2-Preise direkt bei den Menschen ankommen. Es soll einkommensabhängig und jugendgerecht ausgestaltet sein.
- **Kommunikation als integraler Bestandteil wirksamer Klimapolitik:** Klimakommunikation muss von Anfang an eingebunden sein, um Akzeptanz zu schaffen, Teilhabe zu ermöglichen und gesellschaftlichen Wandel zu unterstützen. Sie sollte an unterschiedlichen Lebensrealitäten anknüpfen, verschiedene soziale Gruppen ansprechen und Klimaschutz als Chance vermitteln.
- **Teilhabeorientierte und faktenbasierte Kommunikation stärken:** Sie soll Selbstwirksamkeit unterstützen, zur Mitgestaltung einladen und sich an Erkenntnissen aus den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften sowie der Umweltpsychologie orientieren – dabei klar von Desinformation und Fake News abgrenzen.

Anhang: Kriterienkatalog

Der Kriterienkatalog ermöglicht, politische Maßnahmen aus Sicht der jungen Zivilgesellschaft zu prüfen – mit Fokus auf Langfristigkeit, soziale Gerechtigkeit, Beteiligung vulnerabler Gruppen und wirksame Kommunikation. Er soll künftig systematisch bei Planung und Umsetzung politischer Maßnahmen angewendet werden.

Ziele der Maßnahme

Die Maßnahme trägt zu einer CO_2-Reduktion bei, die langfristig und ausreichend ambitioniert ist, um die deutschen Klimaziele einzuhalten, und vermeidet aktiv ‚Carbon Leakage'[1] sowie das Risiko eines ‚Carbon Lock-in'[2].

Die Maßnahme befähigt vulnerable Haushalte an Dekarbonsierung teilzuhaben. Sie vermeidet aktiv das Risiko von ‚strukturellem Lock-in' für vulnerable Gruppen und fördert eine sozial gerechte Transformation, insbesondere durch:

- Mechanismen, die verhindern, dass die Kosten der Transformation letztlich auf diese Gruppen abgewälzt werden.
- gezielte Investitionen in sozial gerechte, nachhaltige Infrastruktur.
- Die Maßnahme sieht eine nach Einkommensgruppen gestaffelte Förderung vor, sodass sie einkommensschwächere Gruppen weniger belastet als einkommensstärkere Gruppen

1 Carbon Leakage bezeichnet die Verlagerung von Treibhausgasemissionen in andere Sektoren oder in Länder mit weniger strengen Klimaschutzauflagen, meist als Folge der Produktionsverlagerung durch Unternehmen, die so strenge Emissionsvorschriften im Ursprungsland umgehen.

2 Carbon Lock-in bezeichnet eine Situation, in der bestehende, auf fossilen Energieträgern basierende Infrastrukturen und Systeme zu einer strukturellen und wirtschaftlichen Abhängigkeit führen, die den Umstieg auf emissionsärmere oder klimafreundliche Technologien erheblich erschwert oder verzögert – selbst wenn bereits bessere Alternativen verfügbar sind.

Zeitperspektive

Das Vorhaben ist auf einen Zeitraum angelegt, der mindestens bis 2045 reicht, um sich am Ziel der Klimaneutralität zu orientieren, wie es im Pariser Klimaabkommen festgelegt ist.

Die langfristigen Auswirkungen des Vorhabens wurden im Vorfeld evaluiert. Dabei wurde ein Schwerpunkt der Analyse auf die sozial gerechte Umsetzung des Projekts vor dem Hintergrund der im Pariser Klimaabkommen niedergelegten Verpflichtungen gelegt.

Betroffenheits-Perspektive

Betroffene vulnerable Gruppen wurden im Vorfeld identifiziert. Auswirkungen auf sie wurden in Form eines sozialen Monitorings evaluiert.

Die Berücksichtigung vulnerabler Gruppen – insbesondere junger Menschen iSd. § 7 I Nr. 4 SGB VIII (also bis einschl. 26 Jahre) – erfolgt vor Einführung der Maßnahme sowohl abstrakt als auch durch die Einbindung von Vertreter*innen der jeweiligen betroffenen Gruppen in den Ausarbeitungsprozess.[3]

Bei der Ausarbeitung der Maßnahme werden die Bedürfnisse der betroffenen Menschen analysiert. Dabei wird sowohl die historische Entstehung des Bedürfnisses als auch die Art und Weise, wie es aktuell befriedigt wird, einbezogen.

Zusätzlich werden vulnerable Gruppen in den Blick genommen, deren spezifische Bedürfnisse nicht durch generalisierende Indikatoren erfasst werden können. Diesbezüglich werden ressortübergreifend spezifische Lösungen erarbeitet und umgesetzt.

3 Die Beteiligungsformate hierfür können divers sein, sollten sich allerdings an dem Beteiligungsverständnis der „Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung" orientieren.

Umsetzung der Maßnahme

- ○ Die Maßnahme ist in eine Kommunikationsstrategie eingebettet, die niedrigschwellig über Zugänge, Hürden, Herausforderungen und Stakeholder informiert. Dabei werden bestehende (etwa kommunale) Hilfsangebote eingebunden.
- ○ Bei der Erarbeitung der Maßnahme werden Aspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung mitgedacht, um Akzeptanz für die notwendigen Schritte einer sozialökologischen Transformation zu fördern.
- ○ Zusätzlich zur eigentlichen Maßnahme wurden Instrumente entwickelt/beansprucht, die insbesondere vulnerable Gruppen ansprechen und jene Teilhabe an der Maßnahmen bestmöglich ermöglichen.
- ○ Die Maßnahme ermöglicht eine lokale Partizipation von Betroffenen, setzt also nach Möglichkeit auf kommunaler oder Landesebene (Subsidiaritätsprinzip) an und orientiert sich dabei an bestehenden Strukturen.
- ○ Eine (wissenschaftliche) Evaluation der Maßnahme mit Hinblick auf ihre Effektivität (relativ zu ihrem Ziel) und auf ihre Nutzung (besonders also mit Blick auf Barrieren und effektive Begleitmaßnahmen) wird im Vorfeld eruiert und nach Möglichkeit gefördert. Insgesamt wird das Suchen nach effektiver Kommunikation zum Fördern der gesellschaftlichen Akzeptanz als ein wichtiger Lernprozess begriffen.
- ○ Im Rahmen der Evaluierung der Effektivität der Maßnahme bestehen politische Partizipationsprozesse, an denen junge Menschen und andere vulnerable Gruppen teilhaben können.
- ○ Die Maßnahme soll dem Gemeinwohl dienen und eine gute soziale Infrastruktur schaffen. Diese definiert sich durch ausreichende Mengen und eine hohe Qualität lebenswichtiger Dinge und Dienstleistungen, die für alle barrierefrei zugänglich sind.
- ○ Die Maßnahme ist mit weiteren Maßnahmen ressortübergreifend abgestimmt und gliedert sich somit in eine wirkungsvolle und durchdringbare logische Gesamtstrategie ein. Auf potenziell nutzbarer Synergieeffekte mehrere Maßnahmen wird aktiv hingewiesen.

Koordinierungsstelle
#Jugendbeteiligung
in Klimafragen

DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING

Gefördert durch:
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundesjugendring e. V.,
Mühlendamm 3, 10178 Berlin · www.dbjr.de

jugendbeteiligung.klimafragen@dbjr.de

© 2025